ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Markus Bellosits, Markus Bencsits, Felix Gradinaru, Simon Kern, Lorenz Unger, Shivani Ramharter, Lukas Döpel, Annika Ordo (AG Öffentliche Sicherheit)*

Tagesordnungspunkt: *17. Inhaltliche Anträge*

Status: *Modifiziert*

A1: Sicherheit ist Freiheit: Junge Menschen schützen, Chancen schaffen

Antragstext

Sicherheit ist Freiheit: Junge Menschen schützen, Chancen schaffen

Wien gilt faktisch als eine der sichersten Städte Europas, doch das subjektive Sicherheitsgefühl vieler junger Menschen zeichnet ein anderes Bild.Diese Diskrepanz zwischen objektiver Sicherheit und subjektiver Wahrnehmung ist ernst zu nehmen. Besonders in bestimmten Stadtteilen, zu bestimmten Tageszeiten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln berichten junge Menschen von einem erhöhten Unsicherheitsgefühl. Dies kann weitreichende Folgen haben – von eingeschränkter Mobilität bis hin zu einer verminderten Lebensqualität. Daher besteht klar Handlungsbedarf. Neben Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls junger Menschen müssen ebenfalls konkrete sicherheitspolitische Verbesserungen in Wien vorangetrieben werden, um die Stadt noch sicherer zu machen. Aus diesem Grund braucht es gezielte Schritte, die sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden stärken als auch tatsächliche Schwachstellen beheben, um Wien für junge Menschen noch sicherer zu gestalten.

Jugendkriminalität

Die Jugendkriminalität ist eines der am häufigsten diskutierten Themen in der österreichischen Politik. Auch wenn medial immer wieder das Bild von einer ausufernden Jugendkriminalität gezeichnet wird, konnte im letzten Jahr ein Rückgang der Jugendkriminalität verzeichnet werden [1]. Diese Entwicklung ist

zu begrüßen, jedoch handelt es sich bei den Tätern weiterhin um Kinder und Jugendliche, die durch präventive Maßnahmen vor einem Abrutschen in die Kriminalität geschützt werden müssen. Auch die Opfer sind größtenteils junge Menschen, die es zu schützen gilt. Eines der größten Probleme ist, dass immer mehr Minderjährige straffällig werden [2], vor allem durch Gewalttaten wie Raub oder im Zusammenhang mit Drogen. Laut Auskunft der MA 11 geht es hierbei nicht um einen großen Personenkreis oder unzählige Banden, die die ganze Stadt in Geiselhaft halten, sondern um einen verhältnismäßig kleinen Kreis von ca. 120 Intensivtätern, 30 davon unter 14 Jahre alt, die regelmäßig straffällig werden. Manche dieser Intensivtäter haben über 150 Straftaten begangen.
Eine weitere Problematik sind die Auswüchse des Drogenhandels, dies beinhaltet die Anstiftung von nicht deliktfähigen Personen zu Straftaten und die Ausnutzung und Gewalttätigkeit gegenüber minderjährigen Suchterkrankten. Genauer gesagt stellt uns die Beschaffungsprostitution, anschließende Vergewaltigungen und die darauffolgende prekäre Situation der Opfer vor ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Bundespolitische Forderungen:

- **Fallweise Heruntersetzung des Strafmündigkeitsalters**
    - Wir lehnen eine allgemeine Senkung des Strafmündigkeitsalters ab, da diese die resozialisierbare Erst- und Einmaltäter in die dauerhafte Kriminalität treibt. Wir fordern eine fallweise Heruntersetzung des Strafmüdigkeitsalters ab einer gewissen Anzahl an Strafdelikten, um Wiederholungstätern in die Schranken zu weisen.

- **Einführung von verpflichtenden Disziplinierungsprogrammen für kriminelle Strafunmündige**
    - Wir lehnen eine allgemeine Senkung des Strafmündigkeitsalters ab, da diese die resozialisierbare Erst- und Einmaltäter in die dauerhafte Kriminalität treibt. Stattdessen fordern wir die Einführung verpflichtender Disziplinierungsprogramme für kriminelle Strafunmündige unter 14, um durch intensive pädagogische Begleitung einen Neustart zu ermöglichen.

- **Konkretisierung des Heimaufenthaltsgesetzes**
    - Des Weiteren sehen wir eine Konkretisierung des Heimaufenthaltsgesetzes als notwendig, um Sozialpädagog:innen,

welche straffällig gewordene Kinder und Jugendliche betreuen, den rechtlichen Rahmen zu schaffen, effektiver arbeiten zu können. Beispielsweise können Sozialpädagog:innen derzeit Ausgehzeiten (Jugendschutzgesetz) bei den bei ihnen untergebrachten Jugendlichen nicht durchsetzen.

Landespolitische Forderungen:

- **Aufrechterhaltung bzw. Erhöhung der Finanzierung der MA11**
    - Wir halten es für alternativlos, die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe in derzeitiger Höhe oder darüber hinaus aufrechtzuerhalten bzw. zu erhöhen, um deren Arbeit und Erfolge zu gewährleisten. Die zusätzlichen Mittel sollen der Aufstockung von Streetworker:innen und Orientierungshelfer:innen, dem Ausbau von Jugendzentren und effektiven Drogenworkshops zugutekommen.
- **Aufstockung der Wiener Jugendzentren**
    - Wir sehen die Rolle von Jugendzentren in der Prävention von Jugendkriminalität als essenziell. Hier können Kinder und Jugendliche ihre Freizeit sinnstiftend verbringen und zur Gestaltung ihrer Zukunft animiert werden. Aus diesem Grund fordern wir eine Aufstockung von Jugendzentren.
- **Getrennte Unterbringung von Jugendlichen in Heimen nach Deliktsfähigkeit**
    - Um die Anstiftung von deliktunfähigen (unmündigen) Jugendlichen zu vermeiden, schlagen wir eine häusliche Trennung bei der Unterbringung in betreuten Wohngemeinschaften von deliktfähigen und deliktunfähigen Personen vor.
- **Einführung von faktenbasierten Drogenworkshops an allen Wiener Schulen**
    - Implementierung eines Workshops, der auf die Aufklärung über Drogenkonsum aus einer realistischen Perspektive abzielt, sowie Risiken und Konsequenzen objektiv darstellt. In diesem Kontext sollte auch über Beschaffungsprostitution im Zusammenhang mit Drogenhandel aufgeklärt werden.

Sicherheit von Frauen

Trotz ihres Rufs als sichere Stadt gibt es in Wien erhebliche Sicherheitsprobleme für junge Frauen. Belästigung und Gewalt sind für Frauen alltägliche Gefahren, besonders in öffentlichen Verkehrsknotenpunkten, schwach beleuchteten und schlecht frequentierten Straßen und Parks. In der Klubszene kommt es immer wieder zu Vorfällen, bei denen Frauen K.-O.-Tropfen oder andere Substanzen ins Getränk gemischt werden, wodurch sie wehrlos werden und Übergriffen schutzlos ausgeliefert sind.

Besonders besorgniserregend ist der Anstieg an Gewalt gegen Frauen in den letzten Jahren. Laut einer Erhebung der STATISTIK AUSTRIA aus dem Jahr 2021 hat rund ein Drittel der Frauen in Österreich im Laufe ihres Lebens körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren [3]. Diese Entwicklung macht deutlich, dass bestehende Maßnahmen nicht ausreichen, um junge Frauen effektiv zu schützen. Dabei stehen insbesondere die Entwicklung gezielter Präventionsstrategien, die Verbesserung von Sicherheitsmaßnahmen und eine vertiefte Aufklärungsarbeit im Vordergrund.

Diese Problemlage zeigt klar: Es braucht zentrale Schritte und flächendeckende Maßnahmen, um Wien für junge Frauen sicherer zu machen. Sowohl präventive als auch reaktive Maßnahmen sind notwendig, um Gewalt, Belästigung und strukturelle Gefahren wirksam zu bekämpfen. Zudem ist eine umfassende Sensibilisierung der Gesellschaft erforderlich, um das Bewusstsein für diese Themen zu schärfen. Nur durch eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung können tief verwurzelte Einstellungen und Verhaltensweisen, die Gewalt und Diskriminierung begünstigen, nachhaltig verändert werden. Durch die folgenden Forderungen möchten wir sicherstellen, dass Frauen in Wien nicht nur ein stärkeres Gefühl der Sicherheit entwickeln, sondern diese auch in der Realität erfahren.

- **Erweiterung von Frauenhäusern für junge Frauen**
    - Derzeit gibt es in Wien nur ein einziges Frauenhaus für junge Frauen im Alter von 16 bis 25 Jahren [4]. Wir fordern einen Ausbau dieser spezialisierten Frauenhäuser für junge Frauen, um sichere Zufluchtsorte zu bieten.

- **Einführung einer Notruf-App für mehr Sicherheit**
    - Wir fordern die Einführung einer Notruf-App, inspiriert von der Funktionalität der App „SafeNow“. Diese App bietet in unsicheren Situationen eine einfache Möglichkeit, sofortige Hilfe zu alarmieren: Durch das Drücken und Halten eines Buttons wird der/die Nutzer:in in einen „Aufmerksamkeitsmodus“ versetzt.

Sobald der Button losgelassen wird, erhalten ausgewählte Personen umgehend einen Alarm, um rasch Unterstützung leisten zu können.

- **Erhöhung der Anzahl an Streetworkern & Sicherheitskräfte an öffentlichen Verkehrsknotenpunkten**
    - Wir fordern eine Aufstockung von Streetworker:innen, um verstärkt direkt in den Straßen und Stadtteilen präsent zu sein und Hilfestellung zu bieten. Zudem fordern wir eine stärkere Präsenz uniformierter Sicherheitskräfte und eine höhere Anzahl an Polizist:innen an wichtigen Verkehrsknotenpunkten, um das subjektive Sicherheitsgefühl junger Frauen zu stärken.

- **Einbezug von betroffenen Gruppen bei Neugestaltung von öffentlichem Raum**
    - Wir fordern mehr Rücksichtnahme auf betroffene Gruppen bei der Neugestaltung von öffentlichem Raum. Dies betrifft beispielsweise die Verbesserung der Beleuchtung in Bereichen, die häufig als unsicher wahrgenommen werden, um die subjektive Sicherheit vor Ort zu erhöhen. Wir erachten den Einbezug von Anrainer:innen hierbei als essenziell.

Sicherheit im Netz

Das Internet ist aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken, birgt jedoch erhebliche Gefahren – insbesondere für Jugendliche. Junge Menschen vernetzen sich über Social Media und begehen in weiterer Folge gemeinsam Gewaltstraftaten. Sei es durch Gruppenzwang oder den gezielten Einfluss krimineller Banden, die unmündige Jugendliche für ihre Zwecke instrumentalisieren. Auch die Radikalisierung im digitalen Raum stellt eine ernstzunehmende Bedrohung dar. Politische und religiöse Extremisten nutzen soziale Netzwerke gezielt, um Jugendliche zu manipulieren und für ihre Ideologien zu gewinnen. Hier gilt es, Extremismus an der Wurzel zu packen, bevor er sich weiter ausbreitet. Dabei ist uns jedoch wichtig, dass Sicherheit im Netz nicht mit flächendeckender Überwachung einhergeht. Schließlich sollten digitale Tools nicht zur massenhaften Kontrolle genutzt werden.

- **Gezielte Maßnahmen statt Massenüberwachung**
    - Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum hat in Städten wie London ungeahnte Ausmaße erreicht, die Sicherheit vielerorts aber nur wenig erhöht [5]. Zugleich öffnet ungebremste

Videoüberwachung Tür und Tor für staatlichen Missbrauch. Wir fordern, dass dort, wo es die Kompetenzverteilung zulässt, die Stadt Wien auf Präventionsmaßnahmen anstelle von Massenüberwachung setzt.

- **Einführung einer digitalen Meldestelle**
    - Es gibt bereits Vereine, die öffentliche Social-Media-Profile gezielt beobachten und auf Jugendliche zugehen, die sich in Richtung Radikalisierung bewegen oder in extremistische Netzwerke geraten. Um diese Bemühungen zu unterstützen und zu verstärken, fordern wir die Einrichtung einer digitalen Meldestelle, bei der Bürger:innen anonym verdächtige Inhalte oder Fälle melden können. Diese Meldungen sollen gezielt an geschulte Fachkräfte weitergeleitet werden, die sowohl Beratungsangebote für betroffene Jugendliche als auch Maßnahmen gegen die Verbreitung extremistischer Inhalte koordinieren. Durch enge Zusammenarbeit zwischen dieser Meldestelle und bestehenden Vereinen kann Radikalisierung frühzeitig erkannt und effektiver bekämpft werden – ohne dabei eine flächendeckende Überwachung der Bevölkerung zu riskieren.

- **Förderung der Online-Jugendarbeit**
    - Wir fordern eine Intensivierung der Präsenz und der Aktivitäten, beispielsweise von der MA11 (Amt für Kinder- und Jugendhilfe) auf digitalen Plattformen, insbesondere TikTok und Instagram, um die Jugend gezielt anzusprechen, wo sie aktiv ist.

Fazit

Zusammenfassend zeigt dieser Antrag auf, dass die Sicherheit junger Menschen in Wien ein dringendes und vielschichtiges Thema ist. Während die objektive Sicherheit in der Stadt hoch ist, erleben viele junge Menschen, insbesondere Frauen und sozial benachteiligte Gruppen, ein stark eingeschränktes Sicherheitsgefühl. Daher sind gezielte Maßnahmen notwendig, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken und gleichzeitig konkrete Schwachstellen zu adressieren. Ein besonderer Fokus liegt auf der Verbesserung der Sicherheit für Frauen, der Bekämpfung von Jugendkriminalität und der Gewährleistung von mehr Sicherheit im Netz, um Wien zu dem sichersten Ort für junge Menschen zu machen und ihre Lebensqualität zu steigern.

Quellen:

[1] https://www.derstandard.at/story/3000000243811/wiener-polizei-registriert-rueckgangbei-jugendkriminalitaet
[2] https://www.derstandard.at/story/3000000206507/hoechster-wert-bei-unmuendigentatverdaechtigen-in-wien-seit-zehn-jahren
[3] https://www.unwomen.at/blog/2025/01/14/round-table-jede-dritte-gewalt-gegen-frauen-inoesterreich/
[4] ORF. (1. März 2023). Eigenes Frauenhaus für junge Frauen. wien.ORF.at. https://wien.orf.at/stories/3196804/
[5] Thurm, F. (26. August 2009). Video-Überwachung: London: Big Brother schaut weg. Der Tagesspiegel Online. https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien-_-ki/london-bigbrother-schaut-weg-6801328.html